

Energiegenossen wehren sich gegen FDP-Kritik

Juristischer Streit um Äußerungen zu Windpark / René Rock sprach von „Investitionsruine“

EICHENZELL/ WIESBADEN

Die Energiegenossenschaft Eichenzell wehrt sich vor Gericht gegen Kritik der Hessen-FDP an dem Windpark Hofbieber, der von den Energiegenossen betrieben wird. Die Genossen werfen der FDP vor, diese stellten unrichtige Tatsachenbehauptungen auf.

Von unserem Redaktionsmitglied
VOLKER NIES

„Bei den von uns kritisierten Äußerungen der FDP geht es nicht um Kleinigkeiten, sondern um grobe Fehler. Wir lassen uns nicht alles gefallen. Irgendwann reicht's“, sagt Lothar Jestädt, Vorstand der Energiegenossenschaft Eichenzell.

Auslöser des Konflikts ist ein Bericht unserer Zeitung. Wir hatten am vergangenen Donnerstag berichtet, dass die drei Windräder der Genossen zwischen Hünfeld-Dammersbach und Hofbieber-Traisbach bis Mitte August tagsüber still stehen müssen. Das Regierungspräsidium (RP) hatte die Stilllegung zum Schutz des Rotmilans verfügt. Die Energiegenossen halten die Stilllegung für unbegründet und gehen juristisch dagegen vor.

Sofort meldete sich der hessische FDP-Fraktionschef René Rock zur Wort. In einer Presseerklärung äußerte er, die Entwicklung in Traisbach habe



Kritik der Hessen-FDP am Windpark Traisbach hat juristische Folgen. Foto: Volker Nies

überregionale Bedeutung. Denn in hochsensiblen Schutzgebieten stünden nun Windräder, die sich nicht mehr drehen dürfen. Der FDP-Chef

bezeichnete die drei Windräder bei Traisbach als „Investitionsruine“. Geschädigt seien „auch gutgläubige Bürger, die als Teil der regionalen Energie-

genossenschaft Eichenzell für 14,6 Millionen Euro die Windkraftanlagen von der Firma Abo-Wind abkauften und nun womöglich nicht nur das Geld

verlieren, sondern auch den Rückbau bezahlen müssen.“

Die Energiegenossenschaft weist diese Kritik zurück und spricht von „in höchstem Maße geschäftsschädigenden und kreditgefährdenden Äußerungen, die nachweislich unwahr sind und jeglicher Grundlage entbehren“. Damit verletze die FDP die Rechte der Genossenschaft. Diese hat die FDP am Freitag per Anwaltsschreiben aufgefordert, bis Mittwoch, 9. Mai, 12 Uhr, eine Unterlassungserklärung abzugeben. „Sollte sich die FDP nicht verpflichten, die von uns kritisierten Äußerungen nicht zu wiederholen, werden wir eine einstweilige Verfügung beantragen. Was die FDP macht, ist kein Spaß“, sagt Jestädt.

Im Detail fordert die Energiegenossenschaft die Unterlassung folgender Behauptungen: Die FDP solle nicht behaupten, dass der Windpark „dauerhaft abgeschaltet“ sei. Richtig sei, dass das RP die Abschaltung der Anlagen zwischen Sonnenaufgang und Sonnenuntergang anordne. Diese Anordnung gelte bis 15. August 2018. Spätestens dann ende die Brutzeit der Rotmilane. Zudem könne der RP die Anordnung nur aufrechterhalten, wenn ein belegter Rotmilanhorst nachgewiesen werde.

Falsch sei auch die FDP-Behauptung, dass „in den Nachtstunden bereits ein Abschaltzwang zum Schutz von Fledermäusen“ galt. Diese Abschaltung gelte nur bei Temperaturen von über zehn Grad und Windgeschwindigkeiten unter

sechs Meter pro Sekunde. Die Nachtabschaltung ende zudem jedes Jahr am 31. Oktober und sei bereits in der Planung berücksichtigt. Tatsächlich berichteten Anwohner unserer Zeitung, dass sich die Windräder an diesem Samstagabend gedreht hätten.

Ein Rückbau der Anlage stehe gar nicht zur Debatte und werde auch nicht die Folge der temporären Abschaltverfügung sein. „Die Anordnung führt nicht zu einer Investitionsruine, sondern einem für uns sehr schmerzlichen, aber vorübergehenden Einnahmefall“, sagt Jestädt. Unzutreffend seien auch die FDP-Aussa-

Genossenschaft will Erklärung

gen zum Investitionsvolumen der Genossenschaft. Auch wenn das Investitionsvolumen für den Windpark insgesamt rund 14 Millionen Euro betrage, entfalle auf die Genossenschaft und die hieran beteiligten Bürger nur ein Eigenkapital von 2,7 Millionen Euro. Für Rückbaukosten habe die Genossenschaft eine Bankbürgschaft von 141 000 Euro pro Anlage hinterlegt.

Die FDP-Hessen bestätigt, dass die Energiegenossenschaft eine Unterlassungserklärung von der Partei verlangt. „Der Brief ist am Freitag eingegangen. Wir prüfen die Forderung und werden dann reagieren“, sagte Sprecherin Tatjana Hajmássy gestern.